
I N L A N D

Elbs: Kirche besonders dort authentisch, wo sie Armen dient	2
Feldkircher Bischof bezeichnet Diakonie als "Lebensnerv in unseren Pfarrgemeinden" - Jesu Vorbild und Papstaufrufe ermutigen zu "Gang an die Ränder der Gesellschaft"	
Syrien-Krieg: Bischof fordert ausgewogene Berichterstattung	2
Armenischer Bischof von Damaskus, Nalbandian, bei "Pro Oriente"-Tagung in Wien: Großes Bedauern über Leiden der Zivilbevölkerung in Ost-Ghouta, aber auch ständiger Granatenbeschuss der Islamisten auf christliche Stadtviertel	
Menschenhandel: Ordensfrauen wollen Öffentlichkeit wachrütteln	4
Theologe: Wer Vielfalt bekämpft, schwächt auch die Menschenrechte	5
Salzburg: Tagung fragt nach zeitgemäßem Staat-Religion-Verhältnis	6
Gedenkfahrt nach Dachau mit Opferangehörigen und Bischof Scheuer	7
Initiative gegen Leihmutterchaft fordert internationales Verbot	8
Publizist Nußbaumer: Christentum bringt den "Blick von unten"	8
"Symposium Dürnstein" über Lebenssinn jenseits von Erwerbsarbeit	9

V A T I K A N & R O M

Papst Franziskus empfängt am Montag Bundeskanzler Kurz	10
Glaubenskongregation: Mensch kann sich nicht selbst retten	10
Vatikan veröffentlicht Schreiben "Placuit Deo" an die Bischöfe der Weltkirche - Mensch findet wahres Heil nicht in Wohlstand, Technik oder Macht, sondern in der Vereinigung mit Christus	
"Keine Euthanasie": Vatikan wirbt für Palliativmedizin	11
Papst empfing Bischöfe Sloweniens zum "Ad Limina"-Besuch	12
Papst ernennt neuen Botschafter für Armenien	12

A U S L A N D

Päpstlicher Sonderermittler beendet Aufenthalt in Chile	13
Erzbischof: Journalistenmörder dürfen Justiz nicht entkommen	13
Kommunionempfang: Kardinal Müller kritisiert deutsche Bischöfe	14
Irak: UNO will mit katholischen Hilfsorganisationen kooperieren	14
Brüssel: Syriendebatte im Europäischen Parlament gestartet	15
Franziskanerkustos setzt im Steuerstreit mit Israel auf Dialog	16
Belgien: Arzt verlässt Sterbehilfe-Kommission aus Protest	16
Kolumbiens Präsident betont Rolle der Kirche im Friedensprozess	17
Kommissionschef Juncker verabschiedet Marx als ComECE-Präsident	17
US-Prediger Billy Graham wird am Freitag beigesetzt	18
USA: Bekannter Pfarrer aus Venezuela bei Einreise festgenommen	19
Behörden in Ruanda schließen hunderte Kirchen	19

I N L A N D

Elbs: Kirche besonders dort authentisch, wo sie Armen dient

Feldkircher Bischof bezeichnet Diakonie als "Lebensnerv in unseren Pfarrgemeinden" - Jesu Vorbild und Papstauftrufe ermutigen zu "Gang an die Ränder der Gesellschaft"

Feldkirch, 01.03.2018 (KAP) Die Kirche ist "besonders dort authentisch", wo sie sich in den Dienst der Armen stellt und ihnen eine Stimme gibt: Das hat der Feldkircher Bischof Benno Elbs am Mittwochabend bei einem Vortrag vor Mitarbeitern der diözesanen Pfarrcaritas unterstrichen. Für ihn gebe es "keinen anderen Kontext, in denen die christliche Botschaft so konkret wird, wie in der Sorge um Hungernde, Heimatlose, Sterbende, Kranke, Behinderte oder Benachteiligte aller Art", erklärte der in der Österreichischen Bischofskonferenz für die Caritas zuständige Bischof in seinen Ausführungen über Diakonie (griech.: "Liebesdienst", Anm.) als "Lebensnerv in unseren Pfarrgemeinden".

In diesem Engagement gelte es Maß an Jesus zu nehmen: Elbs veranschaulichte dies mit einer Heilungsgeschichte aus dem Markus-Evangelium, in der Jesus bei der Glaubensverkündung in Galiläa auf einen Aussätziger trifft und diesen nach dessen Bitte heilt. "Jesu Predigt vom barmherzigen und die Menschen liebenden Gott wäre unglaublich, hätte er sich dem Anliegen des Aussätzigen verschlossen", sagte der Bischof. Jesus flüchte nicht vor dem Leid, das ihm begegnet, sondern "nimmt es wahr" und hilft voll von Mitleid. Dabei gehe er statt zur "Hautevolee" zu den Marginalisierten der Gesellschaft, denn Aussätzige galten als unrein und waren gesellschaftlich ausgestoßen, wie Elbs erinnerte.

Als Konsequenz für das christliche Diakonieverständnis nannte der Bischof, die Kirche müsse auch heute den "Gang an die Ränder der Gesellschaft" wagen - nicht umsonst ein Aufruf, der zu einem "Wesensmerkmal" des Pontifikates von Papst Franziskus geworden sei. "Wer an die Ränder geht, gelangt zur Mitte der christlichen Botschaft - das möchte der Papst ausdrücken und steht damit fest in den Fußspuren Jesu", sagte Elbs.

"Diakonie ist mehr als Sozialarbeit"

Er stellte auch die Frage, worin sich das soziale Engagement eines Atheisten von dem einer gläubigen Katholiken unterscheidet. "Wenn jemand, der sich humanistischen Grundwerten verpflichtet weiß, eine einsame Frau besucht, kann sein Handeln ja nicht geringer geschätzt werden als das Engagement eines Getauften, der sich im Besuchsdienst einer Pfarre engagiert." Der Unterschied liegt nach den Worten des Bischofs in der Motivation. Christliche Diakonie sei insofern "in ihrem Wesen mehr als Sozialarbeit", als sie die Liebesbotschaft Jesu im Jetzt und Heute konkretisiere. Elbs schloss mit den Worten: "Wer sich heute aus einer christlichen Motivation heraus sozial engagiert, tritt der Kompliziertheit des menschlichen Lebens in all seiner Widerborstigkeit und Abgründigkeit mit der einfachen Botschaft entgegen: Gott liebt die Menschen."

Syrien-Krieg: Bischof fordert ausgewogene Berichterstattung

Armenischer Bischof von Damaskus, Nalbandian, bei "Pro Oriente"-Tagung in Wien: Großes Bedauern über Leiden der Zivilbevölkerung in Ost-Ghouta, aber auch ständiger Granatenbeschuss der Islamisten auf christliche Stadtviertel

Wien-Damaskus, 01.03.2018 (KAP) Eine objektivere Berichterstattung in westlichen Medien über den Konflikt in Syrien hat der armenisch-apostolische Bischof von Damaskus, Armash Nalbandian, eingemahnt. "Wir bedauern die leidende Zivilbevölkerung in Ost-Ghouta zutiefst,

aber wir vermissen in der internationalen Berichterstattung Bilder von den Schäden, die der permanente Granatenbeschuss durch die islamistischen Milizen in der Altstadt von Damaskus anrichtet, wo die christlichen Kathedralen stehen", so der Bischof wörtlich dem "Pro Oriente-

Informationsdienst" (Donnerstag). Nalbandian nimmt derzeit in Wien an einer Tagung der "Pro Oriente"-Kommission für den Dialog mit den orientalistisch-orthodoxen Kirchen teil.

Im armenischen Viertel in Damaskus seien seit zwei Wochen die Schulen geschlossen, nur mehr zehn Prozent der Geschäfte seien offen, viele Menschen trauten sich nicht mehr zum Gottesdienst zu gehen, so der Bischof.

Zur düsteren Gesamtlage trage auch der türkische Vormarsch auf das nordsyrische Afrin bei und die Tatsache, dass de facto auch russische und US-amerikanische Einheiten einander gegenüberstehen. Er sei nicht grundsätzlich pessimistisch, aber "Mut machende Entwicklungen" und "Ereignisse, die den Mut wieder zerstören" wechselten einander ständig ab, so der Bischof: "An einem Tag hören wir von Waffenstillstand und am nächsten Tag schlagen wieder die Granaten ein".

Kirchliche Nachrichtendienste wie das Internetportal "abouna.org" (mit Sitz in Amman/Jordanien) berichteten bereits seit Anfang Jänner von einem ständigen Beschuss Damas-kus' von Ost-Ghouta aus. Das christliche Viertel Bab Touma, das besonders beschossen wird, liegt zwischen Ghouta und dem Zentrum von Damaskus. Zahlreiche Zivilisten, darunter auch Kinder und Jugendliche, seien ums Leben gekommen. Am 8. Jänner habe laut "abouna.org" etwa auch der maronitische Erzbischof Samir Nassar nur knapp überlebt, als eine Rakete in seiner Residenz einschlug, sowie auch die Ordensfrau Anni Demerijan, die zuvor im Juni 2017 in Österreich - u.a. in der "Langen Nacht der Kirchen" in Wien - über ihre Arbeit in Syrien berichtet hatte.

"Sotschi war Erfolg"

Bischof Nalbandian machte gegenüber "Pro Oriente" für die jüngsten Kämpfe vor allem auch die Syrien-Konferenz im russischen Sotschi am 30. Jänner verantwortlich. Allerdings insofern, als die Konferenz seiner Meinung nach erfolgreich verlaufen sei und einen Fortschritt im Friedensprozess mit sich gebracht habe. Das hätten die militanten Islamisten als "Desaster" empfunden. Daher sei schon am Abend des 30. Jänner von den in Ost-Ghouta verschanzten Islamisten begonnen worden, Damaskus verstärkt zu beschießen.

Das Besondere an der von russischer Seite initiierten Konferenz in Sotschi sei die

Tatsache gewesen, dass Syrer unterschiedlicher Überzeugung "zum ersten Mal seit sieben Jahren wieder miteinander gesprochen haben", so Nalbandian, der selbst auch dabei gewesen war. Nach anfänglichen Turbulenzen hätten die Verhandlungen deutlich Besserungen gezeigt, so der Bischof über den Verlauf. Unter den rund 1.500 Teilnehmenden seien Anhänger der Regierung ebenso gewesen wie "Menschen, die dem Regime kritisch gegenüberstehen, aber nichts mit den terroristischen Kriminellen zu tun haben wollen" und Oppositionelle, die zum Teil schon seit Jahrzehnten außer Landes waren. Zum Unterschied von den bisherigen Syrien-Gesprächen - Genf I, Genf II, Astana - sei in Sotschi ein Dialog zustande gekommen.

Bischof Nalbandian nannte zwei Aspekte, die Sotschi seiner Meinung nach zu einem Erfolg gemacht hätten: Man einigte sich auf eine Erklärung, in der Terrorismus, "Islamischer Staat" etc. klar abgelehnt werden und zugleich Waffenruhe und Frieden gefordert wird. Und man beschloss, eine 150-köpfige Kommission einzurichten, die sich mit der syrischen Verfassung auseinandersetzen soll. Nalbandian: "Alle Teilnehmenden stimmten der Analyse zu, dass die politische Unruhe in Syrien damit zu tun hat, dass die Verfassung keinen sicheren Boden für gesunde Opposition bietet. Also muss man überlegen, ob einzelne Paragraphen zu ändern oder abzuschaffen sind oder ob man überhaupt eine neue Verfassung erarbeiten soll".

Aufgabe für Europa

Für Österreich und die ganze Europäische Union sah der armenische Bischof gegenüber "Pro Oriente" eine dringende Aufgabe: "Zum Unterschied von anderen Weltteilen hat Europa eine Kultur des politischen Dialogs entwickelt. Daher könnte die Europäische Union einen Raum schaffen, damit die Menschen aus Syrien zusammenkommen und an politischen Lösungen arbeiten können". Die Syrer insgesamt - nicht nur die Christen - fühlten sich im Stich gelassen. Die Sanktionen gegen Syrien, die politische Blockade durch den Abzug der europäischen Botschaften aus Damaskus hätten nur negative Auswirkungen: "Wir haben viele kritische Intellektuelle, die eine gesunde Opposition bilden könnten, aber wer steht diesen Menschen bei?"

Mehr Unterstützung wünschte sich Bischof Nalbandian auch für die humanitären Hilfsaktionen der christlichen Kirchen Syriens.

Diese Hilfsaktionen kämen allen Not leidenden Menschen zugute, während die offiziellen westlichen Hilfen nicht überallhin gelangten. Bei der Unterstützung der Arbeit der christlichen Kirchen Syriens gehe es auch darum, Möglichkeiten für junge Menschen zu schaffen, damit sie in Europa studieren können. Nalbandian: "Wenn der Konflikt einmal enden wird, wir hoffen bald, werden wir gut ausgebildete Experten benötigen, um den materiellen und geistigen Wiederaufbau in Gang zu setzen".

Unterstützung für die Kirchen zahle sich auch noch in anderer Hinsicht aus: "Wenn die Kirchen stark sind, können sie den Menschen

helfen, damit sie sich nicht zur Auswanderung gedrängt sehen". Die Christen im Nahen Osten hätten eine essenzielle Brückenrolle, unterstrich der Bischof, "weil sie den Islam besser verstehen als die Europäer". In der großen Perspektive müssten sich die Europäer die Gewissensfrage stellen, welchen Nahen Osten sie wollen, ob sie den Islam einfach seiner Identitätskrise in der Auseinandersetzung mit der Moderne überlassen möchten. Nalbandian: "Es muss das allgemeine Interesse sein, eine Frontstellung zwischen einem 'christlichen' Westen und einem 'islamistischen' Osten zu vermeiden."

Menschenhandel: Ordensfrauen wollen Öffentlichkeit wachrütteln

Einsatz gegen Menschenhandel war zentrales Thema bei Jahrestagung der Höheren Ordensoberinnen in Vöcklabruck - 120.000 Euro verdient ein Menschenhändler in Österreich pro Jahr an einer Person

Linz, 01.03.2018 (KAP) Der Einsatz gegen Menschenhandel stand im Mittelpunkt der diesjährigen Jahrestagung der Höheren Ordensoberinnen in Vöcklabruck, die am Donnerstag zu Ende gegangen ist. Sr. Patricia Erber, Leiterin des Vereins "Solwodi Österreich" rief die Ordensverantwortlichen dazu auf, bei dem Thema nicht nachzulassen und die Öffentlichkeit immer wieder wachzurütteln. "Solwodi" ("Solidarität mit Frauen in Not") bietet Schutz und Beratung für Prostituierte, die oft ohne Schulbildung, mit hohen Schulden und aus großer Not zu dieser Tätigkeit genötigt wurden. Aussteigerinnen werden unterstützt bei der Alltagsbewältigung, um das Leben selber in die Hand zu nehmen. Ebenso erhalten sie Unterstützung, wenn sie Kinder haben oder bei Behördenwegen. "Solwodi" unterhält Schutzwohnungen in Wien und Innsbruck.

Laut der Salvatorianerin Sr. Maria Schlackl gibt es 2,4 Millionen von Menschenhandel Betroffene weltweit, 32 Milliarden Euro würden mit diesem Verbrechen jährlich umgesetzt. In Österreich stammten 96 Prozent der Betroffenen aus Osteuropa. Rund 120.000 Euro "verdient" ein Menschenhändler in Österreich pro Jahr an einer Person. "Menschenhandel ist mitten unter uns pure Realität", so die Ordensfrau und weiter: "Menschenhandel steht unter einer Decke der Angst, deshalb ist es so schwer, das sichtbar zu machen. Es ist daher nicht einfach, den Miss-

brauch im Zeitalter der Ökonomisierung zu erfassen."

Sr. Anna Mayrhofer, für die "Solwodi" Schutzwohnung in Wien zuständig, berichtete über ihre Tätigkeiten: "Zuerst geht es um Stabilisierung, Normalisierung des Lebensalltages. Dann heißt es, das Selbstwertgefühl aufzubauen und Ressourcen zu entdecken und zu mobilisieren, neue Lebensperspektiven zu entwickeln und Verantwortung für das eigene Leben zu übernehmen." Dabei gehe es auch oft darum, "Traumatisierungen zu akzeptieren oder Hilflosigkeit auszuhalten", so Sr. Mayrhofer: "Es geht um unser Dasein, mit und bei den Frauen."

An der Tagung in Vöcklabruck nahm auch Sr. Marjolein Bruinen teil. Sie ist die Initiatorin des Netzwerks "Renate" (Religious in Europe Networking Against Trafficking and Exploitation). Diesem gehören bereits Ordensfrauen aus 26 Staaten an, die sich für eine Beendigung des Menschenhandels einsetzen. P. Hans Eidenberger von den Marianisten hob in einem Vortrag hervor, der Kampf gegen Menschenhandel sei ein bevorzugtes aktuelles Einsatzgebiet von Orden. Besonders dort, wo Leben bedroht sei, gelte der Aufruf in den Ordenscharismen, "Zeugen des Evangeliums zu sein" und die "Komfortzone zu verlassen".

Fremde wie Einheimische behandeln

Die Jahrestagung stand heuer unter dem Motto "Umgang mit dem Fremden". Den spirituellen

Teil leitete die deutsche Ordensfrau Kyrilla Schweitzer. Sie stellte das biblische Gebot "Der Fremde soll euch wie ein Einheimischer gelten" in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen. "Die Begegnung mit dem Fremden kann eine Begegnung mit Gott werden", so die Exerzitienbegleiterin. Einen Fremden solle man nicht ausnutzen oder ausbeuten. Dennoch sei die Begegnung mit dem Fremden oft unheimlich und mit Ängsten verbunden, räumte Schweitzer ein, verwies aber auf den biblischen Standpunkt: "Gastfreundschaft hat einen Wert an sich und ist nicht einfach eine milde Gabe. Hier spiegelt sich

die Würde des Anderen." Eindeutig sei Menschenwürde "gerade aus biblischer Sicht unteilbar".

Auf dem Programm in Vöcklabruck stand weiters auch die Generalversammlung der Vereinigung von Frauenorden (VFÖ) sowie eine gemeinsame Sitzung mit dem Vorstandes der Superiorenkonferenz der Männerorden. "Dabei geht es um die akkordierte und aufeinander abgestimmte Zusammenarbeit auf Zukunft hin", erläuterte VFÖ-Präsidentin Sr. Beatrix Mayrhofer. Der neue Bischofsvikar für Orden in der Diözese Linz, Adolf Trawöger, feierte mit den Ordensfrauen einen Gottesdienst.

Theologe: Wer Vielfalt bekämpft, schwächt auch die Menschenrechte

Wiener Religionspädagoge Jäggle in den "OrdensNachrichten": "Illegale Migration stoppen" ist "politisches Gift" - Katholische Kirche heute ein "glaubwürdiger Akteur der Religionsfreiheit"

Wien, 01.03.2018 (KAP) Wer auf die Devise "illegale Migration stoppen" setzt, wendet dabei ein "Gift" und "politisches Betäubungsmittel" ein: Davor hat der Wiener Religionspädagoge Martin Jäggle in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift "OrdensNachrichten" (ON) gewarnt. In der Gesellschaft sei zwar ein Bedürfnis nach Ausgrenzung und Abgrenzung feststellbar, durch Bekämpfung der Vielfalt werde jedoch das "Gegeneinander" gestärkt statt in einer "Gesellschaft der Vielfalt" den Zusammenhalt zu fördern. "Wer Vielfalt bekämpft, schwächt auch die Menschenrechte", mahnte der Präsident des Koordinierungsausschusses für christlich-jüdische Zusammenarbeit.

Vielfalt sei in jeder demokratischen Gesellschaft Realität und entstehe nicht erst durch Migration, erinnerte der frühere Dekan der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien. Dies werde oft übersehen. Zwar liege auf der Hand, dass Vielfalt auch mit Konflikten verbunden sei, das eigentliche Problem sei dabei aber "nicht das Phänomen an sich, sondern manche Formen des Umgangs damit". Ängste, Phobien oder einfach Vorbehalte sollten nicht verdrängt werden, es gelte aber, in diesem Bereich bestehende "Lähmungen" zu überwinden.

Positiv bewertete Jäggle den Umgang mit Religionsfreiheit seitens der katholischen Kirche, die hier zu einem "glaubwürdigen Akteur" und Vorbild aller Gläubigen geworden sei. Zum Ausdruck komme das etwa in Glück- und Segenswünschen zu hohen Festen anderer Religionen oder, "wenn Diffamierung und Polemi-

ken entgegengetreten und Zusammenarbeit gesucht wird".

Segregation entgegenwirken

Unter dem Schlagwort "Vielfalt stärkt" heben Österreichs Ordensgemeinschaften derzeit ihren Einsatz für eine "Kultur des verschiedenen Miteinanders" hervor. Auch die Ordensschulen seien hier Vorreiter, befand Jäggle, seien die Gründungen doch vielfach deshalb erfolgt, um "Bildung für alle" zu ermöglichen. Wo dieses Bemühen schwinde, gehe auch der ursprüngliche Ordensauftrag verloren, weshalb die Schulen sich immer wieder die Frage stellen müssten: "Tun wir das uns Mögliche, um gesellschaftlicher Segregation entgegen zu wirken?"

Im Wissen um den einzigartigen Eigenwert der christlichen Tradition könnten Ordensschulen "in der religiösen Pluralität ein Geschenk Gottes sehen", ohne in die Falle der Gleichgültigkeit zu gehen. Jäggle: "Sie können Andersgläubige würdigen, ohne sie zu vereinnahmen. Auf der Basis ihrer religionssensiblen Schulkultur kann eine Religionen-sensible Praxis etabliert werden, die Vielfalt fruchtbar macht und Konflikte bearbeitet."

Lange Verachtung nicht schnell tilgbar

Angesprochen auf das Verhältnis von Judentum und Christentum befand der Präsident des Koordinierungsausschusses: "Die Jahrhunderte der kirchlichen 'Lehre der Verachtung' gegenüber Juden sind nicht in wenigen Jahrzehnten tilgbar." Jede Gemeinde sei in die Pflicht ge-

nommen individuell zu entscheiden, "ob sie das Jüdische im Christentum entdecken will, das Alte Testament als 'Hebräische Bibel' würdigt, die folgenreiche Polarisierung von 'Gesetz oder Evangelium' überwindet und ob sie sich dem lokalen Anteil an der Schoa stellt".

Eine neue Chance dafür sah Jäggle ab kommenden Dezember, wenn die Lesungen aus der revidierten Einheitsübersetzung stammen: Versucht werde in den dann in den Gottesdiensten verlesenen Bibeltexten, sich stärker am hebräischen Original zu orientieren.

Salzburg: Tagung fragt nach zeitgemäßem Staat-Religion-Verhältnis

Freistetter: Frage nach Verhältnis Staat-Kirche ist "sehr alte Frage in neuem Gewand" - Kirchenrechtler Berkmann: Begünstigung einzelner Religionsgemeinschaften verstößt nicht notwendigerweise gegen staatliche Neutralitätspflicht

Salzburg, 01.03.2018 (KAP) Wie stellt sich heute ein zeitgemäßes Verhältnis zwischen Staat und Religionen dar? Sollte es eine striktere Trennung geben oder ist das gegenwärtige Kooperationsmodell wie es etwa zwischen den christlichen Kirchen und dem Staat besteht, auch zukünftig das beste Modell? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt einer prominent besetzten Tagung, die am Donnerstag im Salzburger Bildungshaus St. Virgil unter dem Titel "Religion und Staat: Trennung, Kooperation, Vereinnahmung?" stattfand. Die Aktualität des Themas zeige sich u.a. in den laufenden öffentlichen Debatten über den konfessionellen Religionsunterricht oder die Präsenz von religiösen Symbolen in der Öffentlichkeit, betonte Militärbischof Werner Freistetter zur Eröffnung der Tagung.

Noch vor einigen Jahren sei man von einer Marginalisierung und Privatisierung der Religion ausgegangen - diese soziologische Prognose habe sich heute erledigt, führte der Bischof weiter aus. Und so erweise sich die Frage nach einem produktiven Staat-Religion-Verhältnis gewissermaßen als "sehr alte Frage in neuem Gewand". Beleuchtet wurde diese Frage u.a. vom Münchener Kirchenrechtler Burkhard Berkmann, der Wiener Politikwissenschaftlerin Astrid Mattes, dem Leiter des Kultusamtes beim Bundeskanzleramt, Oliver Henhappel, der Biochemikerin Renee Schröder sowie dem Präsidenten der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGiÖ), Ibrahim Olgun, und dem Innsbrucker Erziehungswissenschaftler Erol Yildiz.

Auf die gegenseitige Angewiesenheit von Staat und Religionen verwies der Münchener

Kirchenrechtler Burkhard Berkmann: Die religiöse Funktion der Sinnstiftung und der Wertgenerierung sei ein wichtiges Gut, welches der moderne Rechtsstaat in verschiedener Form auch rechtlich verankert und anerkennt. Ebenso würden Religionen dem Staat u.a. im Bereich der Bildung, des Sozialwesens und der Kultur wichtige Dienste erfüllen. Ein Beispiel der wertschätzenden Anerkennung dieser Funktionen und Leistungen sei etwa der viel zitierte Artikel 17 des EU-Vertrages, in welchem die EU einen "offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog" mit den Kirchen und religiösen Gemeinschaften regle.

Das Gebot staatlicher Neutralität werde durch diese Anerkennung eines "wechselseitigen Gebens und Nehmens" indes nicht verletzt, so Berkmann weiter: "Die staatliche Neutralitätspflicht wird nicht verletzt, wenn der Staat eine bestimmte Begünstigung an eine erhöhte Verpflichtung für das Gemeinwohl knüpft und damit zwischen verschiedenen Religionsgemeinschaften differenziert". Das Ziel müsse die Kooperation im Interesse des Menschen sein, so Berkmann: "Wenn es um die Gestaltung des Verhältnisses zwischen Staat und Religion geht, muss es in Wirklichkeit um die Frage gehen, wie die beiden so zusammenarbeiten können, dass nicht sie selbst, sondern der Mensch den größten Nutzen daraus zieht."

Ausgerichtet wurde die Tagung gemeinsam vom Zentrum Theologie Interkulturell und Studium der Religionen der Universität Salzburg und der Kommission Weltreligionen der Österreichischen Bischofskonferenz.

Gedenkfahrt nach Dachau mit Opferangehörigen und Bischof Scheuer

Erinnerung an ersten Gefangenentransport aus Österreich - Historikerin Putz: Mehr als 1.000 Oberösterreicher im oberbayerischen KZ inhaftiert – Ökumene-Gedenken auch am 8. April

Linz, 01.03.2018 (KAP) Am 12. März 2018 jährt sich der Einmarsch der Deutschen Wehrmacht in Österreich zum 80. Mal. Bereits am Tag danach begannen die Nationalsozialisten, ihnen nicht genehme Personen zu verhaften; viele davon kamen bald darauf in das oberbayerische Konzentrationslager Dachau. Die jetzt dort bestehende Gedenkstätte ist auch Ziel einer von der Katholischen Aktion Oberösterreich und der Jägerstätter-Biographin Erna Putz organisierten Fahrt in Erinnerung an die dort inhaftierten Österreicher: An der Busfahrt und an der Gedenkfeier im ehemaligen KZ am 13. März 2018 nehmen neben Angehörigen von Opfern auch der Linzer Bischof Manfred Scheuer, der evangelische Superintendent Gerold Lehner und Altlandeshauptmann Josef Pühringer teil.

Sie begegne immer wieder Menschen, die sich dem NS-Unrecht nicht beugten, wies die Historikerin Erna Putz im Vorfeld der Gedenkfahrt hin. Mehr als 1.000 Oberösterreicher seien im KZ Dachau inhaftiert gewesen. Das Gedenken an sie 80 Jahre nach Beginn des Nazi-Furors in Österreich solle ein Beitrag zu einer Erinnerungskultur sein, wie sie in anderen Ländern selbstverständlich ist: "Mich bewegen die vielen Italiener oder Polen, die ihrer Landsleute in Mauthausen oder Ebensee gedenken", sagte Putz.

Das Programm am 13. März sieht nach der Ankunft in Dachau einen Marsch durch das Lager vor, um 14 Uhr wird der Schauspieler Franz Froschauer die Namen der Inhaftierten aus Oberösterreich in der Evangelischen Versöhnungskirche und vor der sodann geläuteten großen Glocke nennen. Ein Besuch der Jüdischen Gedenkstätte und ein Gespräch mit der Priorin des Karmel Heilig Blut, Sr. Irmengard Schuster, sind vor der abschließenden Eucharistiefeier mit Bischof Scheuer um 15.30 Uhr in der Klosterkirche geplant; alternativ kann ab 15 Uhr die umfangreiche Ausstellung zur Geschichte des Lagers in den ehemaligen Wirtschaftsgebäuden besichtigt werden.

Ein deutsch-österreichischer ökumenischer Gedenkgottesdienst in Dachau ist für den Sonntag nach Ostern, 8. April, angekündigt. Auch er steht im Zeichen der Erinnerung an das Eintreffen des ersten NS-Gefangenentransports aus Österreich nach dem so genannten "Anschluss". Die Predigt in der Dachauer Versöhnungskirche wird der evangelisch-lutherische Bischof und Generalsekretär der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE), Michael Bünker, halten; eingeladen wurde er laut einer Ankündigung des Evangelischen Pressedienstes epdÖ vom landeskirchlichen Beauftragten für evangelische Gedenkstättenarbeit der Evangelisch-lutherischen Kirche in Bayern, Kirchenrat Björn Mensing. Für die katholische Erzdiözese München und Freising nimmt Pastoralreferent Ludwig Schmidinger, Beauftragter der Erzdiözese für KZ-Gedenkstättenarbeit, an dem Gottesdienst teil.

Mitwirken wird zudem der emeritierte katholische Pfarrer Alfons Einsiedl aus der Diözese Linz, dessen Großvater Alois Renoldner (1884-1966) 1938 als Gendarmerie-Oberst aus Österreich ins KZ Dachau verschleppt worden war.

Rund 150 Personen waren am 2. April 1938 im Konzentrationslager angekommen - unter ihnen Angehörige der konservativen "Vaterländischen Front", der oppositionellen Sozialdemokraten und Kommunisten sowie Juden. Das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW) führt auf seiner Homepage eine Liste mit den Namen und Biographien all dieser 150 Männer (http://bit.ly/doew_Dachau).

Das bereits 1933 gegründete KZ Dachau war das erste durchgängig betriebene nationalsozialistische Konzentrationslager. Von den rund 200.000 Inhaftierten starben bis 1945 nach unterschiedlichen Angaben etwa 30.000 bis 40.000 Personen.

Weitere Beiträge zum 80-Jahr-Gedenken an den NS-Anschluss Österreichs 1938 und seine Folgen im Kathpress-Themenschwerpunkt www.kathpress.at/gedenkjahr

Initiative gegen Leihmutterschaft fordert internationales Verbot

Prominente Unterstützer aus Politik und Gesellschaft - Präsentation der Initiative "Stoppt Leihmutterschaft" am 5. März in Wien

Wien, 01.03.2018 (KAP) Die neu gegründete österreichische Initiative "Stoppt Leihmutterschaft" fordert ein internationales Verbot dieser Praxis. Die Petition, die seit Mitte Februar online unterzeichnet werden kann, hat bereits mehrere prominente Unterstützer: Darunter etwa die deutsche Feministin Alice Schwarzer, die Journalistin Elfriede Hammerl, der Politologe Emerich Talos, die Chirurgin Hildegunde Piza, die Psychologin Beate Wimmer-Puchinger und der frühere ÖVP-Behindertensprecher Franz Joseph Huainigg.

Entstanden ist der Verein 2017 aus einer Expertenrunde von Kinderärzten, Psychologinnen, Ethikerinnen, Juristen, Hebammen und Psychotherapeutinnen, die unabhängig von der jeweiligen Weltanschauung der Leihmutterschaft kritisch gegenüberstehen und sich für ein internationales Verbot einsetzen, heißt es auf der Website www.stoppt-leihmutterschaft.at.

Definiert wird Leihmutterschaft als "Vertrag, bei dem sich eine Frau verpflichtet, ein Kind für die oder den Besteller auszutragen und nach der Geburt zu übergeben", erläuterte die Juristin Stephanie Merckens vom "Institut für Ehe und Familie" (IEF), eine der ersten Mitunterzeichner, am Donnerstag gegenüber "Kathpress". Obwohl die Praxis in den meisten Ländern, darunter auch Österreich, verboten ist, boome der Markt und Besteller "weichen in jene Länder aus, die Leihmutterschaft erlauben beziehungsweise nicht verboten haben".

Ihre Forderung nach einem internationalen Verbot begründet die Initiative damit, dass Leihmutterschaft Rechte von Frauen und Kindern verletze, so die Biopolitikerin. "Leihmutterschaft bedeutet die bewusste Ausbeutung und Unterjochung von Frauen in Not, instrumentalisiert diese, steht im Widerspruch zur UN-Kinderrechtskonvention und degradiert Kinder zur Ware."

Leihmutterschaft solle ähnlich wie die Sklaverei international geächtet werden, so das Ziel der Petition, die internationale Gremien zum Einsatz für ein derartiges Verbot aufruft. Doch auch die österreichische Politik müsse das bestehende nationale Verbot durch einen besseren Rechtsschutz absichern, forderte Merckens, würde es doch oft mit einem Besuch im Ausland unterwandert.

Öffentlich präsentiert werden die Anliegen des Vereins am 5. März in Wien. Die indische Public-Health-Expertin Sheela Saravanan von der Universität Heidelberg gibt in einem Eröffnungsvortrag "Einblicke in den weltweiten Markt von Leihmutterschaft am Beispiel Indiens". Im Anschluss diskutieren die Journalistin und Autorin Eva-Maria Bachinger, die Psychologin Maria Eberstaller, die feministische Philosophin Birge Krondorfer, die Juristin Stephanie Merckens und die feministische Soziologin Lisbeth Trallori zum Thema "Warum braucht es ein internationales Verbot?"

Publizist Nußbaumer: Christentum bringt den "Blick von unten"

"Furche"-Herausgeber bei Gesprächsreihe von Erzbischof Lackner: Dialog fördern zwischen den Menschen, die einander misstrauen

Salzburg, 01.03.2018 (KAP) Nicht nur für das eigene Glaubensleben, sondern auch für ein zukunftsfähiges Gesellschaftskonzept ist das Christentum von zentraler Bedeutung: Davon hat sich Furche-Herausgeber Heinz Nußbaumer am Mittwochabend im Gespräch mit dem Salzburger Erzbischof Franz Lackner überzeugt gezeigt. Der Journalist und einstmalige Sprecher der Bundespräsidenten Kurt Waldheim und Thomas

Klestil nahm teil an der seit 2015 regelmäßig stattfindenden Veranstaltungsreihe "Beim Erzbischof zu Gast", bei dem Lackner interessante Persönlichkeiten zu Gespräch und Gedankenaustausch einlädt. Nußbaumer kam ins Bischofsheim als "Pilger und Botschafter grenzüberschreitender Glaubenserfahrungen", wie er erklärte.

Zentrales Thema der Begegnung war die Sehnsucht als treibende und sinnstiftende Kraft in einer Gesellschaft, in der vermeintlich alles möglich ist. Erzbischof Franz Lackner ermutigte dabei die anwesenden Zuhörer: "Etwas gerade nicht zu können, ist auch Fähigkeit und Möglichkeit." Die Sehnsucht sei der Anfang am Weg zu Gott, war der Franziskaner Lackner überzeugt. In einer Gesellschaft, die vorgebe, jeden Wunsch jederzeit zu erfüllen, tue man sich oft schwer, sich diesem Gefühl hinzugeben, gab der Salzburger Erzbischof zu bedenken.

Nußbaumer bezeichnete die Sehnsucht auch als Schlüsselbegriff und Startpunkt für sein Pilgern: "Ich sehnte mich nach Rückzug, nach einem Ort, der keinen Handyempfang hat", berichtete der ehemalige Pressesprecher der Bundespräsidenten Waldheim und Klestil. Im Athoskloster habe der Journalist schließlich eine "Gegenwelt zum Wahnsinn meines Alltags" gefunden. Von "seinen Mönchen" habe er u.a. gelernt, nach einem Rückschlag immer wieder aufzustehen. Er genoss aber auch die "alte Klosterordnung" und erfuhr die "Schönheit der Orthodoxie".

Für Nußbaumer - der laut eigener Aussage durch seine Erfahrungen als Athos-Pilger ein besserer Christ wurde - nehme das Christen-

tum "den Blick von unten ein" und damit die Schwachen in den Blick. Glaube sei für ihn darum die "grundsätzliche Offenheit gegenüber dem Transzendentalen": "Der Mensch braucht etwas, das über ihm steht, damit er nicht der eigenen Hybris verfällt". Wichtig sei es, den Dialog zwischen den Religionen als zentrales Anliegen zu verfolgen. "Der Dialog kommt meist zwischen Menschen zustande, die ohnehin miteinander im Gespräch sind; vielmehr muss er aber zwischen Menschen gefördert werden, die einander misstrauen", forderte der Journalist.

Heinz Nußbaumer, geboren 1943 in Bad Reichenhall und aufgewachsen in Salzburg, war zunächst Pressereferent des späteren Bundeskanzlers Josef Klaus und Redakteur der Salzburger Volkszeitung, ehe er 1966 zum "Kurier" wechselte und dort von 1971 bis 1989 das Ressort Außenpolitik leitete. Neun Jahre war er daraufhin Pressechef der Präsidentschaftskanzlei und Sprecher der Bundespräsidenten Waldheim und Klestil, später freier Publizist, Medienberater, Gastgeber der TV-Diskussionsreihe "philosophicum" sowie seit 2003 Herausgeber der "Furche". Als Buchautor schrieb Nußbaumer "Der Mönch in mir" und "Meine kleine große Welt".

"Symposium Dürnstein" über Lebenssinn jenseits von Erwerbsarbeit

Tagung von 8. bis 10. März im Wachau-Stift präsentiert Gegenkonzepte zur "globalen Gesellschaft der Überflüssigen"

St.Pölten, 01.03.2018 (KAP) "Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen": Dieser hinterfragenswerte Imperativ der Leistungsgesellschaft dient als Titel des diesjährigen Symposions Dürnstein, das von 8. bis 10. März im Stift in der Wachau stattfindet. Dabei widmen sich Fachleute unterschiedlicher Wissenschaftsdisziplinen der Frage, wie weit wir "auf dem Weg zu einer globalen Gesellschaft der Überflüssigen" bereits fortgeschritten sind bzw. ob durch Konzepte wie Grundeinkommen, Gemeinwohl-Ökonomie oder Postwachstumsökonomie neue Formen der Lebenssicherung etabliert werden können. Die Leitfrage laut Ankündigung der von der Religionswissenschaftlerin und Publizistin Ursula Baatz konzipierten Tagung: Wie soll oder kann eine Gesellschaft aussehen, in der Erwerbsarbeit nicht mehr im Zentrum steht?

Am ersten Tag spricht der Wiener Autor und Historiker Philipp Blom unter dem Titel "No future?" über Zukunftsverweigerung und ihre Folgen. "Arbeit im Zeitalter der Digitalisierung" skizziert am 9. März u.a. der Schweizer Volkswirtschafts-Professor Mathias Binswanger; Highlights am Schlußtag sind eine Podiumsdiskussion zum Thema "Globaler Norden vs. Globaler Süden?" und Impulse in Richtung einer alternativen Zukunft wie z.B. das Grundeinkommens-Experiment in Finnland oder die Gemeinwohl-Ökonomie des Wirtschafts-Publizisten Christian Felber.

Auch kulturelle und spirituelle Akzente werden gesetzt, u.a. von der Schauspielerin Katharina Stemberger und Gastgeber Propst Maximilian Fürnsinn.

(Info: www.symposionduernstein.at)

V A T I K A N & R O M

Papst Franziskus empfängt am Montag Bundeskanzler Kurz

Kurz: "Als gläubiger Mensch eine große Ehre, dem Heiligen Vater in einem persönlichen Gespräch zu begegnen"

Wien-Vatikanstadt, 01.03.2018 (KAP) Papst Franziskus wird am kommenden Montag Bundeskanzler Sebastian Kurz zu einer Audienz im Vatikan empfangen. Themen der Gespräche soll unter anderem der Schutz der verfolgten Christen im Nahen Osten, "die Migrationskrise", die atomare Abrüstung sowie die Beiträge der katholischen Kirche zum gesellschaftlichen Zusammenleben in Österreich, etwa durch die Caritas, teilte ein Sprecher von Kurz am Donnerstag der "Austria Presse Agentur" (APA) mit.

Die Begegnung findet am Montagvormittag im Apostolischen Palast statt. Im Anschluss wird Kanzler Kurz, der u.a. vom Salzburger Landeshauptmann Wilfried Haslauer in den Vatikan begleitet wird, mit dem vatikanischen

Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin zusammentreffen. Gerade in Zeiten großer Krisen wie derzeit etwa "angesichts der Migrationskrise" sei ihm der Austausch mit dem Heiligen Vater wichtig, erklärte Kurz vorab. Zugleich sei es für ihn "als gläubiger Mensch eine große Ehre, dem Heiligen Vater in einem persönlichen Gespräch zu begegnen".

Landeshauptmann Haslauer reist laut APA-Angaben anlässlich des bevorstehenden 200. Jahrestags der Entstehung des weltweit bekannten Weihnachtsliedes "Stille Nacht, heilige Nacht" mit in den Vatikan. Das Land Salzburg hatte Papst Franziskus bereits im vergangenen Jahr offiziell zu einem Besuch in Salzburg im Rahmen des Jubiläums eingeladen.

Glaubenskongregation: Mensch kann sich nicht selbst retten

Vatikan veröffentlicht Schreiben "Placuit Deo" an die Bischöfe der Weltkirche - Mensch findet wahres Heil nicht in Wohlstand, Technik oder Macht, sondern in der Vereinigung mit Christus

Vatikanstadt, 01.03.2018 (KAP) Die vatikanische Glaubenskongregation pocht darauf, dass Jesus "einzigster und universaler Retter" der Menschen ist. Diese Glaubensüberzeugung werde heute oft nicht mehr verstanden, heißt es in einem am Donnerstag veröffentlichten Brief an alle Bischöfe der Weltkirche. Viele meinten, ihre Lebensverwirklichung hänge allein von den eigenen Kräften ab. Die wahre Rettung des Menschen bestehe jedoch nicht in etwas, das er von sich aus erlangen könne wie etwa Wohlstand, Wissenschaft, Technik, Macht oder ein guter Ruf. Vielmehr bestehe "das Heil in unserer Vereinigung mit Christus".

Diese Vereinigung geschehe aber nicht nur geistig-innerlich, heißt es in dem sechsseitigen Schreiben mit dem Titel "Placuit Deo" ("Es hat Gott gefallen"), das von Glaubenspräfekt Erzbischof Luis Francisco Ladaria unterzeichnet ist. Gott sei in Christus ganz Mensch geworden, und Christus begegne den Menschen "in den ärmsten und leidenden Brüdern und Schwest-

ern". Es gebe heute ein Gefühl eines nur innerlichen Heils und einer rein persönlichen Gotteserfahrung, ohne dass dies Folgen hätte für die Beziehungen zu anderen Menschen und zur Gesellschaft.

Durch sein Leben und Sterben und seine Auferstehung habe Christus eine neue Ordnung zwischen den Menschen und zu Gott gestiftet. In diese Ordnung, zu der auch die Kirche und ihre Sakramente gehörten, habe er die Menschen "mit hineingenommen". Den Glauben an die Rettung durch Christus und die Bedeutung der Kirche dränge Christen dazu, das Evangelium allen Menschen zu verkünden. Dazu wolle man auch mit den Anhängern anderer Religionen "einen aufrichtigen und konstruktiven Dialog" aufbauen.

Gegen individualistische Selbstverwirklichung und reine Innerlichkeit hat Papst Franziskus sich schon öfter gewandt. Er bezeichnet diese Haltungen als "Neu-Pelagianismus" und "Neu-Gnostizismus". Der Pelagianismus geht

davon aus, dass die menschliche Natur nicht durch eine Erbsünde verdorben sein könne, da der Mensch ja von Gott selbst erschaffen sei. Die Gnostiker der Spätantike gingen unter anderem davon aus, dass der Mensch das Prinzip einer vollkommenen Gottheit in sich trägt, von der er nicht zu trennen sei.

Mit den antiken christlichen Irrlehren hätten die kritisierten Glaubenshaltungen von heute allerdings nur gewisse Berührungspunkte, heißt es in dem Brief der Glaubenskongregation. Die Auseinandersetzungen in der Antike hätten in einem ganz anderen Kontext stattgefunden, nicht in einer säkularisierten Welt. Die zugrundeliegenden Versuchungen der Selbsterlösung und Innerlichkeit habe es im Christentum aber immer wieder gegeben.

Der Begriff "Pelagianismus" geht zurück auf einen antiken theologischen Streit zwischen dem Mönch Pelagius (ca. 350-431) und Bischof Augustinus (354-430) um die Frage, welche Rolle menschliche Freiheit spielt, wenn es darum geht,

Gutes zu tun, und welche Rolle dafür Gottes Gnade spielt. Augustinus betonte vor allem die Gnade, Pelagius die Freiheit.

Allerdings wurde der Begriff Pelagianismus in der Geschichte oft unterschiedlich verstanden. Heute kann er eine Lebensweise meinen, die Gott nicht als Grundlage von Gesellschaft und Staat öffentlich anerkennt. Oder eine Individualität, die über jede Anfrage an sich selbst erhaben ist. Eine entsprechende Haltung kann auch moralistische Züge einer Leistungsethik annehmen.

Die Kritik am "Neu-Pelagianismus" verbindet Franziskus oft mit Kritik am "Neu-Gnostizismus". Gemeint ist eine Esoterik, in der sich Menschen auf eine höhere Seinsstufe stellen. Aufgrund eines besonderen, mitunter geheimen Wissens, meinen solche Menschen, als einzige die oft in Schwarz und Weiß eingeteilte Welt richtig zu verstehen. Damit hätten sie eine Art Rezept an der Hand, um ein besseres Leben führen und sich gar selbst erlösen zu können.

"Keine Euthanasie": Vatikan wirbt für Palliativmedizin

Päpstliche Akademie für das Leben richtet Kongress in Rom mit Spezialisten aus Medizin, Pflege, Ethik und Theologie aus 38 Ländern aus - Erzbischof Paglia: Thema viel zu wenig bekannt

Rom-Vatikanstadt, 01.03.2018 (KAP) Mit einem neuen Projekt wirbt der Vatikan weltweit für Palliativmedizin und die menschliche Begleitung sterbenskranker Menschen. Die Initiative "PAL-Life" wird bei einem internationalen Kongress der Päpstlichen Akademie für das Leben offiziell vorgestellt, der bis Donnerstag in Rom tagt. Konkret wird eine internationale Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die für eine "Kultur der Begleitung" von Todkranken und eine differenzierte Unterscheidung zwischen Maßnahmen der Palliativmedizin und der Euthanasie eintreten soll.

Ziel der Palliativmedizin ist nicht mehr Heilung, sondern bestmögliche Lebensqualität für sterbenskranken Menschen. Im Mittelpunkt stehen Wünsche und Befinden des Patienten, etwa die Linderung von Schmerzen, Trockenheit im Mund oder Atemnot.

Zu dem Thema sei oft viel zu wenig bekannt, kritisierte der Präsident der Akademie, Erzbischof Vincenzo Paglia, in einem Interview mit "Vatican News". "Palliativmedizin begleitet,

Euthanasie unterbricht. Das ist etwas ganz anderes!", so Paglia. Er finde es unsäglich, dass Palliativmedizin und Euthanasie manchmal in einen Topf geworfen würden. Auch deshalb richte die Akademie zu dem Thema erstmals einen Kongress dieser Größenordnung aus. Die Kirche wolle so zum Dialog der betroffenen Akteure beitragen.

An dem zweitägigen Treffen in Rom nehmen Spezialisten aus Medizin, Pflege, Ethik und Theologie aus 38 Ländern teil. Patienten könnten zwar "unheilbar krank" sein, aber "unbehandelbar" sei niemand, sagte Erzbischof Paglia. Deshalb könne die Medizin an diesem Punkt "ihre humanistische" - also auf die ganzheitliche Pflege des Menschen ausgerichtete - "Berufung" wiederentdecken. Ähnlich formulierte es der vatikanische Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin in einem Brief an den Kongress. Es gelte, jede Menschenwürde zu schützen, egal wie krank jemand sei.

Parolin erinnerte daran, dass bereits Papst Pius XII. (1939-1958) Schmerztherapie von

Euthanasie unterschieden habe. Seither hätten Medizin und Pharmazie große Fortschritte gemacht. Die ethische Aufgabe aber bestehe nach wie vor, bei den einzelnen Maßnahmen aufmerksam und klug zu unterscheiden. Dabei warnte er vor einer zu langen und tiefen Sedierung, die die zwischenmenschliche Dimension vernichte, auf die es ankomme.

Am Ende des Lebens, "wenn alle Möglichkeiten des 'Machens' erschöpft sind, geht

es um den wohl wichtigsten Aspekt menschlicher Beziehungen, den des 'Seins': da zu sein, nahe zu sein, gastfreundlich zu sein", schreibt Parolin. Dann werde der Tod nicht als Ende empfunden, unter dem das Leben zusammenbricht, sondern "als Vollendung einer Existenz, die umsonst geschenkt und liebevoll geteilt wurde". Deshalb sei am Ende des Lebens auch die Familie so wichtig.

Papst empfing Bischöfe Sloweniens zum "Ad Limina"-Besuch

Episkopat unter Führung des Laibacher Erzbischofs Stanislav Zore seit Montag im Vatikan

Vatikanstadt, 01.03.2018 (KAP) Papst Franziskus hat am Donnerstag die katholischen Bischöfe Sloweniens unter der Führung ihres Vorsitzenden empfangen. Über konkrete Inhalte der Unterredung teilte der Vatikan nichts mit. Schon in der Früh hatten die slowenischen Bischöfe an der Morgenmesse mit dem Papst im vatikanischen Gästehaus Santa Marta teilgenommen. Die insgesamt neun Bischöfe und Weihbischöfe unter der Führung des Bischofskonferenz-Vorsitzenden und Laibacher Erzbischofs Stanislav Zore halten sich seit Montag zu ihrem sogenannten "Ad limina"-Besuch in Rom auf.

Diese Besuche der Bischöfe beim Papst und der vatikanischen Kurie sind etwa alle fünf Jahre vorgesehen. Dabei informieren die Bischöfe über die Lage in ihrem Land und besprechen mit Papst sowie Behördenmitarbeitern aktuelle oder grundlegende Fragen und Themen. Der "Ad limina"-Besuch der Bischöfe Sloweniens

endet am Samstag mit einer Messe im Petersdom.

Etwas mehr als die Hälfte der rund 2,06 Millionen Einwohner Sloweniens ist katholisch. Die katholische Kirche in Slowenien besteht aus sechs Diözesen, die größten sind die Erzdiözesen Ljubljana und Maribor. Die Hauptstadt Laibach wurde 1461 zum Bischofsitz, die Diözese Marburg ist aus der ältesten Diözesen auf dem Gebiet des heutigen Slowenien hervorgegangen, der 1228 gegründeten Diözese Lavant.

2006 hatte Papst Benedikt XVI. die Strukturen der katholischen Kirche Sloweniens neu geordnet. Die Diözese Maribor wurde dabei Erzdiözese, die Diözesen Celje, Novo Mesto und Murska Sobota wurden neu gegründet. Die Bischöfe Sloweniens haben sich 1993 zur Slowenischen Bischofskonferenz zusammengeschlossen.

Papst ernennt neuen Botschafter für Armenien

Protokollchef des vatikanischen Staatssekretariats wird Nuntius in Jerewan

Vatikanstadt, 01.03.2018 (KAP) Papst Franziskus hat den von ihm kürzlich zum Erzbischof ernannten Jose Avelino Bettencourt (55) zu seinem Botschafter für Armenien ernannt. Das gab der Vatikan am Donnerstag bekannt. Am Montag bereits war die Ernennung Bettencourts, der bisher Protokollchef des Vatikanischen Staatssekretariats ist, zum Nuntius bekanntgegeben worden, jedoch ohne konkreten Aufgaben-

bereich. Gleichzeitig erhielt der Portugiese Bettencourt den Titel eines Erzbischofs.

Zuvor hatten Beobachter vermutet, Bettencourt werde als Papst-Botschafter nach Georgien entsandt. Tiflis gilt als durchaus schwieriger diplomatischer Posten. Es könnte sein, dass eine weitere Ernennung für Tiflis noch erfolgt, sobald eine entsprechende Vereinbarung mit Georgien geklärt ist.

A U S L A N D

Päpstlicher Sonderermittler beendet Aufenthalt in Chile

Erzbischof Scicluna soll Papst Franziskus in Kürze seinen Bericht übergeben

Santiago, 01.03.2018 (KAP/KNA) Der zur Aufklärung von Vertuschungsvorwürfen gegen Bischof Juan Barros nach Chile entsandte vatikanische Sonderermittler, Erzbischof Charles Scicluna, hat seine Untersuchungen abgeschlossen. Er wird das südamerikanische Land am Donnerstag (Ortszeit) verlassen. Das bestätigte der Sprecher der chilenischen Bischofskonferenz, Jaime Coiro, laut einem Bericht des TV-Senders T13. Zum Abschluss der Gespräche sei Scicluna mit dem chilenischen Kardinal Ricardo Ezzati zusammengetroffen. In Kürze werde Scicluna dem Papst seinen Bericht übergeben, erklärte Coiro, ohne einen konkreten Termin zu nennen.

Scicluna war von Papst Franziskus in die USA und nach Chile geschickt worden, um dort mit Opfern sexuellen Missbrauchs zu sprechen. Insbesondere ging es um die Frage, ob Bischof Barros, ein früherer Schützling des Missbrauchs-täters und Priesters Fernando Karadima, von dessen Taten gewusst und sie verschwiegen hat.

Der Papst hatte Barros auf seiner Reise nach Chile im Jänner verteidigt und gesagt, ihm lägen keine Beweise dafür vor, dass dieser vom Missbrauch durch Karadima gewusst habe. Dafür erntete Franziskus teils heftige Kritik.

Auf dem Hinflug nach Chile hatte sich Erzbischof Scicluna in den USA mit einem der Opfer getroffen. Dieses hatte Medienberichten zufolge bereits 2015 Hinweise auf Barros' Mitwisserschaft an den Papst übergeben lassen. Ob Franziskus die Hinweise gelesen hat, ist unklar. Während seines Aufenthaltes musste sich der aus Malta stammende Scicluna einer Gallenblasenoperation unterziehen, konnte aber nach wenigen Tagen seine Arbeit wieder aufnehmen.

In der Zwischenzeit hatte der spanische Geistliche Jordi Bertomeu, der zur Delegation Sciclunas gehörte, die Gespräche weitergeführt. Neben Missbrauchsoffern traf er dabei auch Bischof Barros.

Erzbischof: Journalistenmörder dürfen Justiz nicht entkommen

Vorsitzender der Slowakischen Bischofskonferenz spricht Angehörigen des ermordeten Journalisten Jan Kuciak sein Beileid aus

Bratislava, 01.03.2018 (KAP) Nach dem gewaltsamen Tod des slowakischen Enthüllungsjournalisten Jan Kuciak und seiner Freundin hat der Pressburger Erzbischof Stanislav Zvolensky den Angehörigen kondoliert und auf eine rasche Ausforschung der Mörder gedrängt. Die Nachricht von den Morden habe ihn mit "tiefer Trauer" erfüllt. Die Täter müssten zur Rechenschaft gezogen werden, teilte der Vorsitzende der Slowakischen Bischofskonferenz in einer Stellungnahme zu den Ereignissen mit.

"Es ist unsere Pflicht, nach einer Gesellschaft zu streben, in der sich jeder Mensch bei der Ausübung seines Berufes sicher fühlen kann", wird Zvolensky auf der Website der Bischofskonferenz zitiert. Der Tod der beiden jungen Menschen sei "ein gewaltiges Zeichen

dafür", dass in dieser Hinsicht zusätzliche Anstrengungen unternommen werden müssten.

Am Donnerstag brachten Studierende und Mitarbeiter der Katholischen Universität von Ruzomberok bei einer kurzen Gedenkfeier ihre Solidarität und Nähe zu den Angehörigen und Freunden der beiden Ermordeten zum Ausdruck. Die Rolle von Journalisten bestehe darin, "Wächter der Werte von Demokratie und Freiheit zu sein", sagte einer der Studenten bei der Versammlung, an der auch Vizerektor Frantisek Trstensky teilnahm.

Der 27-jährige Kuciak und seine Freundin Martina Kusnirova waren am vergangenen Wochenende erschossen in ihrem Haus bei Bratislava aufgefunden worden. Der junge Journalist berichtete in den vergangenen Jahren mehrfach über Korruptionsfälle und Straftaten von

Geschäftsleuten, von denen manche Verbindungen zu Politikern hatten.

Der Fall sorgt über die Slowakei hinaus für Entsetzen. Am Mittwoch trat der langjährige slowakische Kulturminister Marek Madaric ü-

berraschend zurück. Er könne sich nicht vorstellen, dass er nach dem Mord eines Journalisten "ruhig in seinem Ministersessel sitzen bleibt", erklärte der Politiker der Regierungspartei Smer.

Kommunionempfang: Kardinal Müller kritisiert deutsche Bischöfe

Ex-Glaubenspräfekt warnt davor, in der bisher noch unveröffentlichten Handreichung der Deutschen Bischofskonferenz zur Kommunion für konfessionsverschiedene Ehepartner "zu locker" mit theologischen Prinzipien umzugehen

Bonn, 01.03.2018 (KAP/KNA) Kardinal Gerhard Ludwig Müller hat den jüngsten Mehrheitsbeschluss der Deutschen Bischofskonferenz kritisiert, konfessionsverschiedene Ehepartner in Einzelfällen zur Kommunion zuzulassen. In einem Interview mit der katholischen Wochenzeitung "Die Tagespost" (Donnerstag-Ausgabe) deutete der frühere Präfekt der Römischen Glaubenskongregation an, dass die Bischofskonferenz möglicherweise dabei ihre Kompetenz überschreite. Die Formulierung "Einzelfälle" bezeichnete Müller als "rhetorischen Trick".

Als "nicht richtig" bewertete der frühere Chef der Glaubenskongregation außerdem das Argument eines "schwerwiegenden geistlichen Bedürfnisses" aufseiten des nichtkatholischen Ehepartners. Die im Kirchenrecht gewährten Ausnahmen bezögen sich auf eine Notlage, in der es um das ewige Heil der Person gehe, etwa in Todesgefahr. Eine konfessionsverschiedene Ehe sei aber keine solche Notsituation. Deswegen könne das Kirchenrecht auch nicht auf sie in dieser grundsätzlichen Form angewendet werden. Wer den katholischen Eucharistie-

Glauben als Voraussetzung für die Kommunion teile, müsse überdies die ihm entgegenstehenden Lehren nicht-katholischer Gemeinschaften ablehnen, gab Müller zu bedenken.

Ausdrücklich warnte der Kardinal davor, in der bisher noch unveröffentlichten Handreichung für Seelsorger "zu locker" mit theologischen Prinzipien umzugehen. Sonst dürfe man sich nicht wundern, "wenn andere unerwünschte Schlussfolgerungen gezogen werden". Ökumenische Fortschritte seien "wünschenswert und notwendig", sie dürften aber nicht in Richtung einer "Protestantisierung der katholischen Kirche gehen".

Ablehnend äußerte sich Müller auch zum Vorschlag, homosexuelle Paare zu segnen. Es wäre zwar eine "gotteslästerliche Anmaßung", Menschen mit homosexuellen Neigungen zu verurteilen. "Doch wenn homosexuelle Handlungen dem Willen Gottes widersprechen, kann niemand dafür den Segen Gottes erbitten", so der Kardinal. "Pastorale Hilfe sieht anders aus und dient dem Frieden der Seele nur dann, wenn sie auf dem Boden der Wahrheit bleibt."

Irak: UNO will mit katholischen Hilfsorganisationen kooperieren

Ziel ist Wiederaufbau der christlichen Städte in der Ninive-Ebene - Begegnung von Repräsentanten des päpstlichen Hilfswerks "Kirche in Not" sowie der US-amerikanischen katholischen Kolumbus-Ritter mit dem stellvertretenden UN-Generalsekretär Mourad Wahba in New York

New York, 01.03.2018 (KAP) Die Vereinten Nationen unterstützen die Bemühungen der internationalen Päpstlichen Hilfsorganisation "Kirche in Not" und der US-amerikanischen katholischen Kolumbus-Ritter um den Wiederaufbau der nordirakischen Ninive-Ebene und die Rückkehr der Christen in dieses Gebiet. Dies wurde am Mittwoch bei einem Treffen von Repräsentanten

von "Kirche in Not" und der Kolumbus-Ritter mit dem - aus Ägypten stammenden - stellvertretenden UN-Generalsekretär Mourad Wahba (und Leiter des UN-Entwicklungsprogramms für die arabischen Staaten) betont.

"Kirche in Not" werde einen neuen Beitrag von fünf Millionen Dollar für die Ninive-Ebene zur Verfügung stellen, teilte der Gen-

eralsekretär der Päpstlichen Hilfsorganisation, Philippe Ozores, mit. Die Hilfsorganisation habe seit 2014 - als der Überfall der IS-Terroristen erfolgte - für die Christen im betroffenen Gebiet mehr als 31 Millionen Euro aufgebracht. Zunächst geschah dies als Unterstützung für die christlichen Vertriebenen und Flüchtlinge, dann für den Wiederaufbau der Kleinstädte und Dörfer in der Ninive-Ebene. Auch dank dieser Hilfe hätten bisher 35 Prozent der christlichen Familien in ihre Heimatorte zurückkehren können. Mit dem neuen Fünf-Millionen-Beitrag werden weitere 2.000 Wohnungen und Häuser repariert werden können.

Bei der Begegnung in New York betonte Wahba, dass sich die Vereinten Nationen der Notwendigkeit bewusst seien, die Region, zu der auch die Ninive-Ebene gehört, zu stabilisieren und die religiöse Diversität des Gebiets zu

schützen. Ozores sagte laut italienischer katholischer Nachrichtenagentur SIR, er freue sich, dass man jetzt endlich auf die Unterstützung der Vereinten Nationen rechnen könne. Viel zu lange hätten ausschließlich private Spender dazu beitragen müssen, das Drama der Christen der Ninive-Ebene zu überwinden.

Aus Österreich sind die Arbeitsgemeinschaft Katholischer Verbände, Christian Solidarity International-Österreich, die Initiative Christlicher Orient, Kirche in Not-Österreich und die Kardinal König-Stiftung in der Ninive-Ebene aktiv. Sie helfen in der Kleinstadt Telskof und der Ortschaft Baqofa bei der Renovierung von Häusern, der Wiederherstellung der Infrastruktur, bei der Errichtung eines Gemeindezentrums und dem Neubau einer im Krieg zerstörten Kirche.

Brüssel: Syriendebatte im Europäischen Parlament gestartet

Griechisch-katholischer Erzbischofs von Aleppo, Jeanbart, berichtet Parlamentspräsident Tajani über aktuelle Situation vor Ort - Ordensfrau aus Aleppo: "Stadt wird aus den Trümmern auferstehen"

Wien-Brüssel-Damaskus, 01.03.2018 (KAP) In Anwesenheit des melkitischen griechisch-katholischen Erzbischofs von Aleppo, Jean-Clement Jeanbart, hat das Europäische Parlament in Brüssel über Syrien debattiert, wie die Stiftung "Pro Oriente" am Donnerstag berichtete. Parlamentspräsident Antonio Tajani betonte nach einem Treffen mit Erzbischof Jeanbart am Mittwoch: "Alle Seiten müssen ihre Verantwortung übernehmen", nichts könne "Gewalt, Tod, ethnische Säuberung" rechtfertigen. Die Syrer hätten das Recht, in ihrem Land "frei und sicher" zu leben, mit "ihren Kirchen und ihren Moscheen". Er verurteile alle Gewaltakte, unterstrich Tajani, und bezog auch die jetzt bekannt gewordenen Fälle von sexuellen Übergriffen durch UN- und NGO-Mitarbeiter ein, "die eigentlich Nahrungsmittelhilfe hätten verteilen sollen".

Bei seiner Begegnung mit dem melkitischen Erzbischof von Aleppo hatte der Parlamentspräsident zur raschen Verwirklichung der Resolution des UN-Sicherheitsrates vom 24. Februar aufgerufen. Die "humanitären Wege" seien nicht ausreichend. Ein dauerhafter Waffenstillstand sei dringend notwendig, um "die Zivilbevölkerung zu schützen, die Verwundeten

und Schwerkranken zu evakuieren und die Verteilung von Hilfsgütern zu ermöglichen". Die zweite Syrien-Konferenz, die am 24./25. April in Brüssel stattfinden wird, dürfe sich nicht mit Erklärungen begnügen, sondern müsse zu "konkreten politischen und humanitären Lösungen" führen.

Franziskanerinnen für Notleidende tätig

Die polnische Ordensfrau Sr. Brygida Maniurka, die in der lange umkämpften syrischen Stadt Aleppo wirkt, hat sich unterdessen in einem Beitrag in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift "Information Christlicher Orient" (ICO) zuversichtlich gezeigt, "dass Aleppo aus den Trümmern auferstehen wird". Der Wiederaufbau werde allerdings Jahre dauern, so die Franziskanerinnen.

Das Kloster der Franziskanerinnen liegt im westlichen Teil der Stadt, der nicht so stark von den Kampfhandlungen betroffen war. Zur Gemeinschaft in Aleppo zählen fünf Schwestern. Mehrere christliche und muslimische Familien, deren Häuser bombardiert wurden, haben im Kloster während des Krieges gelebt. Die Schwestern sind auf vielfältige Weise sozial en-

gagiert. Sie organisieren beispielsweise Lebensmittel für Bedürftige und helfen bei der Finanzierung von medizinischen Behandlungen. In ihren Kloster bieten die Schwestern u.a. psychotherapeutischen Hilfe für Frauen an, sie betreiben ein kleines Zentrum für autistische Kinder und führen einen Schlafsaal für rund 25 Studentinnen. Vor Weihnachten verteilten die Schwestern in einer großen Aktion warme Kleidung an die notleidende Bevölkerung. Seit dem Sommer 2017 sind die Franziskanerinnen in Aleppo Projektpartner der "Initiative Christlicher Orient".

Vor dem Krieg war Sr. Maniurka u.a. auch in Rakka, der späteren "Hauptstadt" des IS-Kalifats, tätig. Sie leitete in Rakka ein Zentrum für Behinderte mit dem Namen "Erde der Menschen", wo fast ausschließlich muslimische Kinder untergebracht waren. Die damaligen Beziehungen zu den Muslimen beschrieb die Ordensfrau im ICO-Magazin als "sehr gut".

Die Tageszeitung "Die Presse" berichtete derweilen in ihrer Donnerstag-Ausgabe über die Situation der letzten Christen in Rakka. Nur eine

Handvoll war während der vierjährigen Terrorherrschaft des IS in der Stadt geblieben. Von den Geflohenen sei noch niemand zurückgekehrt. Die drei Kirchen in Rakka seien allesamt zerstört, so wie ein großer Teil der Stadt.

Um Nuancen besser dürfte die Situation in Deir ez-Zor sein. Die Stadt im Euphrattal, rund 100 Kilometer südöstlich von Rakka, war die letzte größere Bastion des IS und wurde im Herbst 2017 von der syrischen Armee und Verbündeten zurückerobert. Laut einem auf mehreren kirchlichen Nahost-Webseiten veröffentlichten Bericht sind erste Christen in die Stadt zurückgekehrt, in der vor dem Krieg rund 3.000 Christen lebten. In der nur zum Teil zerstörten syrisch-orthodoxen Marienkirche von Deir ez-Zor feierte der syrisch-orthodoxe Patriarch Afem II. mit zwei Dutzend Gläubigen einen symbolträchtigen Gottesdienst, an dem auch einige muslimische Würdenträger teilnahmen. Dabei rief der Patriarch die Christen auf, in ihre Heimatstadt zurückzukehren und diese wieder aufzubauen.

Franziskanerkustos setzt im Steuerstreit mit Israel auf Dialog

"Die feindlichen Akte wurden gestoppt, das ist sehr wichtig"

Jerusalem, 01.03.2018 (KAP/KNA) Der Kustos der Franziskaner im Heiligen Land, Francesco Patton, hat im Streit zwischen den Kirchen und dem Staat Israel über Landbesitz- und Steuerfragen zum Dialog aufgerufen. Dieser müsse "mit dem klaren Willen" geführt werden, die Probleme zu lösen, sagte der Italiener am Donnerstag im Interview der deutschen Katholischen Nachrichten-Agentur KNA. Er lobte die von Israel signalisierte Gesprächsbereitschaft als konstruktiven Schritt: "Die feindlichen Akte wurden gestoppt, das ist sehr wichtig."

Hintergrund der kirchlichen Protestaktionen in den vergangenen Tagen, zu denen

auch eine vorübergehende Schließung der Grabeskirche gehörte, seien diskriminierende Maßnahmen Israels gewesen, erläuterte der Franziskaner. Es gehe nicht um wirtschaftliche Fragen, sondern um das geltende Gewohnheitsrecht in Jerusalem. Das befreie die Kirchen wegen ihrer Leistungen für die Gesellschaft von bestimmten Steuern. Damit dies so bleibe, müsse man "manchmal standhaft sein und Stärke zeigen". Die Kirchenführer warteten nun auf ein erstes Treffen mit Vertretern einer von der israelischen Regierung einberufenen Arbeitsgruppe. Dann werde man sehen, ob eine konstruktive Lösung möglich sei.

Belgien: Arzt verlässt Sterbehilfe-Kommission aus Protest

Kontrollkommission sei weder "unabhängig" noch "objektiv"

Brüssel, 01.03.2018 (KAP/KNA) Auch in Belgien ist nun ein Neurologe aus der Kontrollkommission für aktive Sterbehilfe (FCEE) ausgetreten. Wie Anfang des Jahres in den Niederlanden, war

der Auslöser ein Demenzpatient, der aktive Sterbehilfe erhielt, berichten verschiedene belgische Medien. Der Neurologe Ludo Vanopdenbosch teilte dem belgischen Parlament nun in

einem Brief mit, warum er sich für den Austritt entschied.

In dem Brief kritisiert Vanopdenbosch, dass die Kontrollkommission weder "unabhängig" noch "objektiv" sei. Der Arzt nimmt Bezug auf einen Fall aus dem September, bei dem ein Demenzpatient mit einer erhöhten Dosis von Schmerzmittel getötet wurde. "Keine Bedingung, die im Gesetz beschrieben ist, außer der Bericht danach, wurde erfüllt", kritisiert der Arzt.

In Belgien ist aktive Sterbehilfe erlaubt unter der Bedingung, dass der Patient unheilbar krank ist, unerträglich leidet und den Tod will. Im vorliegenden Fall gibt es allerdings keine Patientenverfügung oder Aufzeichnungen, dass der Patient den Tod wollte. Vanopdenbosch zufolge wurde der Patient auf Wunsch der Familie getötet.

In der Kontrollkommission ist Vanopdenbosch zufolge eine Zwei-Drittel-Mehrheit für einen Beschluss nur knapp verfehlt worden, um den Bericht an die Staatsanwaltschaft weiterzuleiten. "Die Beweggründe von denen, die das Dossier nicht weiterleiten wollten, sind von fundamentaler politischer Art", schreibt er. Sie be-

fürchteten, dass es weniger aktive Sterbehilfe in Wallonien geben könnte, besonders bei aktiver Sterbehilfe von Demenzpatienten. Mit dieser Entscheidung habe sich die Kontrollkommission FCEE als "obsolet" erwiesen, schreibt er in dem Brief ans Parlament.

Die beiden Vorsitzenden der Kontrollkommission, Wim Distelmans und Gilles Genicot, argumentieren, dass der Arzt den Prozess "irrtümlicherweise" als aktive Sterbehilfe beschrieben habe. Ihnen zufolge hätte er sie "Palliative Sedierung" nennen sollen.

Vanopdenbosch kritisiert zudem, dass der Vorsitzende der Kontrollkommission, Wim Distelmans, selbst aktive Sterbehilfe ausführe. Er wisse, dass er selbst immer auf der sicheren Seite stehe. "Diese Straflosigkeit ist beängstigend", schreibt er.

In den Niederlanden wurde im vergangenen Jahr zum ersten Mal ein Sterbehilfefall an die Staatsanwaltschaft weitergereicht. Auch in diesem Fall ging es um eine Demenzpatientin, bei der nicht klar ist, ob sie Sterbehilfe zu dem Zeitpunkt wollte.

Kolumbiens Präsident betont Rolle der Kirche im Friedensprozess

"Hilfe der Kirche ist fundamental"

Bogota, 01.03.2018 (KAP/KNA) Kolumbiens Präsident Juan Manuel Santos hat die Rolle der Kirche im aktuellen Friedensprozess in dem südamerikanischen Land herausgestellt. "Die Hilfe der Kirche ist fundamental", sagte Santos nach Angaben der deutschen Katholischen Nachrichten-Agentur KNA am Mittwoch (Ortszeit) in der Küstenstadt Cartagena am Rande eines Treffens mit Vertretern des Weltkirchenrates. Die Kirche könne dabei helfen, die Einstellungen in den Köpfen und die Herzen zu verändern.

Kolumbien ist nach dem erfolgreichen Abschluss von mehrjährigen Friedensverhand-

lungen mit der Guerilla-Organisation FARC vor über einem Jahr in einem Friedensprozess. Derzeit laufen in Ecuador ebenfalls Verhandlungen mit der zweitgrößten Rebellengruppe, der marxistischen ELN, die allerdings nach dem Aufflammen neuer Gefechte unterbrochen sind. In dem jahrzehntelangen Konflikt zwischen Staat und Guerilla starben rund 300.000 Menschen; mehr als sieben Millionen wurden zu Binnenflüchtlingen. Für seine Bemühungen, den bewaffneten Konflikt zu beenden, erhielt Santos den Friedensnobelpreis.

Kommissionschef Juncker verabschiedet Marx als ComECE-Präsident

Katholische EU-Bischofscommission wählt in der kommenden Woche in Brüssel ein neues Vorsitzteam für die nächsten fünf Jahre

Brüssel, 01.03.2018 (KAP/KNA) EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker wird in der kommenden Woche an der Verabschiedung des

deutschen Kardinals Reinhard Marx als Präsident der katholischen EU-Bischofscommission ComECE teilnehmen. Das teilte die ComECE in

Brüssel mit. Marx, der seit 2012 den Vorsitz innehat, kann bei der Vollversammlung vom 7. bis 9. März nach zwei Amtszeiten laut den Regeln der ComECE nicht mehr antreten. Für Mittwoch ist ein Abschiedsempfang geplant, zu dem sich auch Kommissionschef Jucker angesagt hat.

Für Marx' Nachfolger wurde indes das Mandat des Vorsitzenden von drei auf fünf Jahre verlängert. Der neue ComECE-Präsident soll die EU-Bischöfe von 2018 bis 2023 leiten. Zudem werden bei der Vollversammlung vier neue Vizepräsidenten sowie neue Vorsitzende des Sozial- und Rechtsausschusses und der EU-Außenbeziehungen gewählt.

Als Sprecher werden die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini am 9. März sowie der Sekretär für Außenangelegenheiten im vatikanischen Staatssekretariat, Erzbischof Paul Gallagher am 7. März, bei Europa-Delegierten der verschiedenen Bischofskonferenzen zu Gast sein.

Am 8. März (19 Uhr) wird auf Einladung des Brüsseler Erzbischofs Kardinal Joseph De Kesel in der Kirche von Notre-Dame du Sablon eine "Messe für Europa" gefeiert. Der Gottesdienst markiert die Amtsübernahme des neu gewählten ComECE-Präsidenten, der tags darauf (11 Uhr) bei einem Pressegespräch in den ComECE-Räumlichkeiten auch vor die Medien treten wird. (Info: www.comece.eu)

US-Prediger Billy Graham wird am Freitag beigesetzt

Im Kapitol in Washington brachten Tausende, unter ihnen auch die Ex-Präsidenten George W. Bush und Bill Clinton, am aufgebahrten Sarg des bekannten Baptistenpredigers ihre Anteilnahme zum Ausdruck

Washington, 01.03.2018 (KAP/KNA) Der in der vergangene Woche gestorbene US-Baptistenprediger Billy Graham wird am Freitag in Charlotte im US-Bundesstaat North Carolina beigesetzt. Dazu werden Medienberichten zufolge mehr als 2.000 Gäste erwartet. Eingeladen sind alle ehemaligen US-Präsidenten sowie der amtierende Präsident Donald Trump. Graham war am 21. Februar mit 99 Jahren gestorben. Er litt in seinen letzten Lebensjahren unter Parkinson.

Am vergangenen Samstag war der Leichnam nach Charlotte gebracht und dort zunächst in Grahams ehemaligem Wohnhaus und später in der Rotunde des US-Kapitols in Washington aufgebahrt worden. Dort nahmen am Mittwoch Tausende Besucher um Abschied. Zu Wochenbeginn brachten Medienberichten zufolge auch die früheren US-Präsidenten George W. Bush und Bill Clinton am aufgebahrten Sarg Grahams ihre Anteilnahme zum Ausdruck.

Über mehr als sechs Jahrzehnte verstand sich Graham als "Amerikas Pastor". Seinen Anhängern galt er als Erneuerer der christlichen Verkündigung in den USA, der das Wort Gottes

kreativ durch den Einsatz von Massenmedien verbreitete. Seine "Crusades" genannten Bibel-Kreuzzüge durch Sportstadien und andere große Auftrittsorte begleitete er mit TV-Predigten. Auch in mehreren Ländern Europas veranstaltete Graham seit den 1950er Jahren Massenevangelisationen.

Wegen seines ungebremsten Redeflusses erhielt der konservative Baptistenprediger den Spitznamen "Maschinengewehr Gottes". Neben seinem Einsatz für die Volksmission pflegte Graham stets Nähe zur Macht. Er war ein Freund der Bush-Familie, aber auch der Clintons. Beraten hat er vor seiner Parkinson-Erkrankung fast alle US-Präsidenten seit Lyndon B. Johnson, zu dem er ein freundschaftliches Verhältnis hatte. Im Kalten Krieg stand Graham für einen strikten Antikommunismus. Drastisch verurteilte er Abtreibung und Homosexualität.

Seine Biografen heben seine relativ frühe Opposition gegen die Rassentrennung im Süden der USA hervor. 1963 zahlte er die Kautions für den in Alabama inhaftierten Prediger Martin Luther King.

USA: Bekannter Pfarrer aus Venezuela bei Einreise festgenommen

Regierungskritischer katholischer Geistlicher Palmar könnte in den USA beantragen wollen

Caracas, 01.03.2018 (KAP/KNA) Bei der Einreise in die USA ist laut venezolanischen Medienberichten vom Mittwoch (Ortszeit) der regierungskritische katholische Geistliche Jose Palmar festgenommen worden. Palmar soll sich in einem Zentrum für Migranten ohne gültige Aufenthaltspapiere aufhalten, wie es hieß. Palmar gilt als einer der bekanntesten Geistlichen des südamerikanischen Landes. Im Sozialen Netz-

werk Twitter folgen ihm fast eine Millionen Menschen.

In den vergangenen Jahren hatte Palmar immer wieder Schlagzeilen gemacht. So zweifelte er unter anderem das Todesdatum des 2013 gestorbenen Revolutionsführers Hugo Chavez an. Venezolanische Medien spekulieren, Palmar könne in den USA Asyl beantragen.

Behörden in Ruanda schließen hunderte Kirchen

Kigali, 01.03.2018 (KAP) Die Regierungsbehörden im afrikanischen Ruanda haben nach eigenen Angaben in den vergangenen Tagen mehr als 700 Kirchen in der Hauptstadt Kigali wegen der Nichteinhaltung von Sicherheits- und Hygienestandards geschlossen. Die meisten der offenbar größtenteils pfingstkirchlichen Gotteshäuser hätten nicht über Wasser oder über Toiletten verfügt, zitierten die Nachrichtenagentur EFE und das Nachrichtenportal "Vatican News" am Donnerstag einen Behördenvertreter. Manche hätten aus Zelten bestanden, anderen wiederum habe die notwendige offizielle Genehmigung gefehlt.

Kirchenbesucher hätten Anspruch "auf ein Minimum an Ordnung und Standards", hieß es von offizieller Seite weiter. Die Kirchen dürften erst wieder öffnen, wenn sie die Bedingungen erfüllten; ein Eingriff in die Kultfreiheit sei das nicht.

Gläubige kritisieren laut den Medienberichten das Vorgehen der Behörden. Den betroffenen christlichen Kirchen und Gruppen sei vor der Schließung kein Ultimatum gestellt worden sei. Nun stünden tausende Christen ohne Kirche da.

	
<p>IMPRESSUM: Medieninhaber (Verleger) Herausgeber, Hersteller: Institut "Katholische Presseagentur" Chefredakteur & Geschäftsführer: Paul Wuthe Redaktion: Andreas Gutenbrunner, Henning Kligen, Franziska Libisch-Lehner, Robert Mitscha-Eibl, Franz Morawitz, Jennifer Mostögl, Johannes Pernsteiner, Georg Pulling Alle: A-1011 Wien, Singerstraße 7/6/2 (Postfach 551) Tel: +43 (0)1 512 52 83 Fax: +43 (0)1 512 18 86 E-Mail an die Redaktion: redaktion@kathpress.at E-Mail an die Verwaltung: buero@kathpress.at Internet: www.kathpress.at Bankverbindung: Schelhammer&Schattera Kto.Nr. 10.2343 BLZ 19190 IBAN AT22 1919 0000 0010 2343/ BIC:BSSWATWW DVR: 0029874(039)</p>	